

Das „UFO-Tabu“ neu überprüft

Zum Zustandekommen von AAWSAP im parlamentarischen Prozess der USA

INGBERT JÜDT¹

Zusammenfassung – Die von Alexander Wendt und Raymond Duvall 2008 formulierte These von der Existenz eines „UFO-Tabus“ muss angesichts der sich seit Ende 2017 entfaltenden medialen und politischen Aufmerksamkeit für das UFO-Thema neu bewertet werden. Hierzu ist es hilfreich, die Vorgeschichte dieser „Disclosure“ zu untersuchen und zu rekonstruieren, wie es zustande kam, dass ein grenzwissenschaftliches Forschungsprojekt zwei Jahre lang aus Mitteln des amerikanischen Verteidigungshaushalts finanziert und weitere sechs Jahre als informelle Nebentätigkeit von Angehörigen des Verteidigungsministeriums fortgesetzt wurde. Als Schlüssel zum Verständnis dieses Vorgangs erweisen sich zwei Momente: erstens die Existenz eines die Grenze zwischen „Fringe“ und „Mainstream“ überspannenden Einflussnetzwerks, dem parlamentarisch erfahrene Akteure in zentralen Positionen im Haushaltsbewilligungsprozess des amerikanischen Kongresses angehörten, und zweitens eine thematische Schwerpunktverschiebung von paranormalen Forschungsgegenständen zur Artikulation eines „Leidensdrucks“ amerikanischer Marinepiloten, deren Begegnungen mit anomalen atmosphärischen Phänomenen innerhalb der Streitkräfte keine angemessene Beachtung fanden. Sowohl institutionell als auch inhaltlich wurde auf diese Weise die Grenze zwischen illegitimen und legitimen Interessenträgern überschritten und damit das bis dahin intakte „Containment“ des UFO-Tabus durchbrochen.

Schlüsselbegriffe: Kongress – Verteidigungshaushalt – Disclosure – Skinwalker – UAP – UFO – USA

The “UFO taboo” re-examined

On the emergence of AAWSAP in the parliamentary process in the USA

Abstract² – The thesis of the existence of a “UFO taboo” formulated by Alexander Wendt and Raymond Duvall in 2008 must be re-evaluated considering the medial and political attention that the UFO topic has received since the end of 2017. To this end, it is helpful to examine the history of this “disclosure” and to reconstruct how it came about that a fringe science research project was financed for two years with funds from the US defense budget and continued for a further six years as an informal sideline activity by members of the Department of Defense. Two factors prove to be key

1 **Ingbert Jüdt** ist Soziologe und arbeitet als freiberuflicher Softwareentwickler.

2 An extended English abstract can be found at the end of the article on pages 351–352.

to understanding this process: first, the existence of a network of influence spanning the boundary between the “fringe“ and the “mainstream“, to which belonged parliamentary experienced actors in central positions in the budget approval process of the US Congress, and second, a thematic shift in focus from paranormal research subjects to the articulation of a psychological stress of American naval pilots, whose encounters with anomalous atmospheric phenomena did not receive adequate attention within the armed forces. Both institutionally and in terms of content, the boundary between illegitimate and legitimate stakeholders was thus crossed, breaking through the hitherto intact “containment“ of the UFO taboo.

Keywords: congress – defense budget – disclosure – skinwalker – UAP – UFO – USA

Einleitung

Alexander Wendt und Raymond Duvall haben in ihrem Aufsatz von 2008 die These vertreten, das UFO-Phänomen unterliege einem Berührungs- und Thematisierungsverbot: einem Tabu, das in der „anthropozentrischen Souveränität“ der modernen Kultur begründet liege. Diese These ist seit der Ende 2017 erfolgten medialen „Disclosure“ eines UFO-Forschungsprojekts des amerikanischen Verteidigungsministeriums in Frage gestellt. Dieser Aufsatz untersucht die näheren Umstände, unter denen es möglich war, ein Projekt vom grenzwissenschaftlichen „fringe“ mit einem Budget aus dem amerikanischen Verteidigungshaushalt auszustatten, und prüft anhand dessen, ob und inwiefern wir von einem Bruch dieses Tabus sprechen können. Zu diesem Zweck rekapituliere ich zunächst das Argument vom „UFO-Tabu“, wie es von Wendt und Duvall formuliert wurde und zu dem ich eine Modifikation vorgeschlagen hatte. In einem zweiten Schritt untersuche ich im Detail den parlamentarischen Bewilligungsprozess von AAWSAP („Advanced Aerospace Weapon System Applications Program“) hinsichtlich seiner institutionellen Voraussetzungen und der Handlungen der betreffenden Interessengruppe. Abschließend bewerte ich die These vom UFO-Tabu im Lichte der gewonnenen Befunde neu. Als entscheidend für die das Tabu durchbrechende mediale Enthüllung von 2017 betrachte ich den nach dem Ende von AAWSAP von den verbleibenden informellen Falluntersuchern im Verteidigungsministerium vollzogenen inhaltlichen Schwerpunktwechsel von einer breiten Untersuchung von UFOs im Kontext paranormaler Phänomene zu einer Fokussierung auf die Sichtungen amerikanischer Marinepiloten.

Das UFO-Tabu: Zusammenfassung des Arguments

Alexander Wendt und Raymond Duvall bedienen sich zur Analyse der „anthropozentrischen Souveränität“ und des daraus hervorgehenden UFO-Tabus der Begrifflichkeit von Michel Foucault als dem tragenden Gerüst ihrer Argumentation. Foucault hatte spezifische Eigen-

schaften des modernen staatlichen Regierens zu beschreiben versucht: Es geht um die moderne Form der Lenkung und Leitung von Individuen und Kollektiven. Der französische Begriff *gouverner quelque chose* ist vieldeutig, er bezeichnet nicht nur Staatshandeln im engeren Sinne, sondern auch Lenkung, Steuerung und Führung im weiteren Sinne; darunter kann fallen: die Regierung des Selbst, die Leitung der Familie, die Erziehung der Kinder, die Lenkung der Seele oder die Führung eines Gemeinwesens oder eines Geschäfts. Es geht also ganz allgemein um die Entstehung eines spezifisch modernen „politischen Wissens der Menschenführung“ (Kammler et al., 2014, S. 261–262) Dabei wird „politische Macht“, die sich aus der antiken Polis herleitet, kombiniert mit „pastoraler Macht“, die sich aus dem Christentum herleitet, das heißt ein Wissen von der äußeren Herrschaft über Bürger wird kombiniert mit einem Wissen von der inneren Herrschaft über Seelen und Subjekte. Das gilt auch für den modernen Liberalismus, insofern er einerseits Freiheitsrechte als Abwehrrechte des Individuums gegen den Staat konstituiert, zugleich aber andererseits diese Freiheitsrechte in ein Sicherheitskalkül einordnet, das vom Bürger selbst erwartet, dass er, um keine Gefahr für die Allgemeinheit darzustellen, eine rationale und disziplinierte Herrschaft über sich selbst ausübe, er erwartet also eine Selbstregierung. Diese moderne Institution des Regierens nennt Foucault *gouvernementalité*, „Gouvernementalität“, wobei der Begriff neben dem weiten Verständnis des Regierens auch bewusst den Aspekt der „Mentalität“ mit einbezieht: eine Regierung auch der „Mentalitäten“, des Ethos und der Weltanschauungen. Der moderne Staat ist souverän, indem er aus seinen Legitimitätsgründen jegliches Gottesgnadentum ausscheidet, und das moderne Individuum ist souverän, indem es seine „Selbstregierung“ primär auf rationale Nutzenmaximierung im Sinne des *homo oeconomicus* gründet, während das „gute Leben“ (bzw. das „Streben nach Glück“ der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung) in den von diesem Nutzen geschaffenen privaten Nischen stattfindet – das heißt auch: worin das „gute Leben“ besteht, wird nicht mehr kollektiv aus einer naturrechtlichen Bestimmung des *summum bonum commune*, des höchsten Gemeinwohls, hergeleitet wie bei Aristoteles oder Thomas von Aquin, sondern jedes Individuum entscheidet souverän selbst über das, was es unter gutem Leben versteht, und lebt es, oder versucht es zu leben, in einem staatlich geschützten Raum der Privatheit. Die okzidentale Geschichte, mithin die prägende historische Erfahrung des „kollektiven Westens“ insgesamt, besteht in einer Sukzession der Befreiungen von Fremdbestimmung: vom universellen Herrschaftsanspruch des Papstes, von den Doktrinen der Religion, von der Herrschaft dogmatischer Texte schlechthin, von absolutistischer Regierungsgewalt, von monarchischer Regierungsgewalt überhaupt, von allen moralischen Hindernissen, die dem Streben nach Glück im Wege stehen („private vices – public benefits“), vom „Reich der Notwendigkeit“ insgesamt.

Die so entstehende *doppelte* Souveränität des Staates und der Subjekte ist „anthropozentrisch“, das heißt, sie verlässt sich *ausschließlich* auf solche Machtmittel und Sicherungsinstrumente, die Staat, Gesellschaft und Individuum aus eigenen, menschlichen Potentialen zur Verfügung

stehen, nämlich staatlicherseits auf eine reine Verfahrenslegitimität (Luhmann, 1969) und den formell gleichen Zugang zu einer freien, diskursiven Öffentlichkeit (Habermas, 1998), ökonomisch auf wissenschaftsbasierte Technologie – jeder Zyklus der industriellen Revolution wird von einer neuen, in zunehmendem Maße wissenschaftsabhängigen Technologiesubstitution ange-schoben, die Digitalisierung und Automatisierung begründet heute die sogenannte „Industrie 4.0“ (Floridi, 2015; Schwab, 2016) –, sozialpsychologisch auf rational angeleitete Introspektion und auf rationale, psychologisch und neuerdings neurowissenschaftlich fundierte Selbsthilfetechniken (Ehrenberg, 2019; Illouz, 2007; Reckwitz, 2020) und schließlich ideologisch bzw. weltanschaulich auf eine Stigmatisierung von und eine Logik des Verdachts gegen jede Form von Transzendenz, aufgrund welcher religiöse Einstellungen nur noch als Teil der jeweils privaten, innerlichen Definitionen des guten Lebens toleriert werden (Taylor, 2009). In diesem Sinne ist die moderne Kultur eine Kultur, die nicht nur Ideen religiöser Transzendenz unter den Verdacht der Irrationalität stellt, sondern von ihren Angehörigen auch eine „zivilisierte“, rationale Disziplin der Selbstkontrolle verlangt, um die Dämonen des „Irrationalismus“ in Acht und Bann zu halten. Insbesondere können wir an der Karriere, die der Begriff der „Verschwörungstheorie“ seit Beginn des 21. Jahrhunderts als *Kampfbegriff* gemacht hat (Anton & Schink, 2021), eine sich in den politisch und medial repräsentativen Institutionen der modernen Gesellschaft ausbreitende Verlustangst bezüglich des für konstitutiv gehaltenen Vermögens einer wie auch immer im Einzelnen definierten „Rationalität“ moderner Subjekte ablesen – eine Verlustangst, bei der es sich offensichtlich auch um die Angst um einen Verlust der *Kontrolle* über die nicht nur empirisch, sondern auch normativ als rational postulierte Seele des modernen Menschen handelt. Mit diesem kulturellen Muster ist die UFO-Forschung sehr früh in Konflikt geraten. Die Erfahrung der Stigmatisierung eines wissenschaftlichen Erkenntnisinteresses am UFO-Phänomen darf man wohl mit Fug und Recht als eine *Urerfahrung* der entsprechenden Forschungsgemeinde betrachten. Das, was Jacques Vallée das „Invisible College“ nannte (Vallée, 1975, 2014), musste ein *invisible college* bleiben, um am Thema arbeiten zu können.

Wendt und Duvall verbinden für ihre Kernthese den Machtbegriff Foucaults mit dem Konzept der *Dezision*, wie es von Carl Schmitt definiert und von Giorgio Agamben wieder aufgegriffen worden ist. Carl Schmitts Formel lautet: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“, das heißt, der Zustand der Rechtsgeltung wird vorübergehend durch ein „Recht des Stärkeren“ überspielt, der seine nominelle Souveränität jetzt auch faktisch durchsetzen muss. Das Entstehen einer Ausnahmesituation verlangt zu ihrer Auflösung nach einer souveränen Dezision, bei der es sich um eine machtpolitische Entscheidung handelt, die sich nicht mehr auf beanspruchte Rechtsgeltung stützen kann. Der Begriff der Dezision ist verwandt mit dem Begriff der Entscheidung im Sinne einer Gerichtsentscheidung und eines Rechtsurteils, bezieht sich aber auf die außerjuristische, auf faktischer Machtausübung beruhende Grundlage der Entscheidung, das heißt, auf eine Entscheidung, die man nicht *de jure* trifft, sondern *de facto*

herbeiführt. *Dezision* ist ein außerrechtlicher Willkürakt, mit dem ein Ausnahmezustand, der zu einer Bedrohung des mit einem Gewaltmonopol verbundenen normalen Rechtszustands führt, wieder aufgelöst werden kann: indem sich eine rechtssetzende Kraft mit physischer Gewalt gegen die den Ausnahmezustand auslösende Gegenkraft durchsetzt und den Normalzustand wiederherstellt. In diesem Sinne kann man einen Militärputsch als „Dezision von oben“ verstehen, eine erfolgreiche Revolution dagegen als „Dezision von unten“. Der spanische Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 und der Russische Bürgerkrieg von 1918 bis 1921 eignen sich als historische Beispiele für ersteres und letzteres.

Wendt und Duvall zufolge konstituiert das UFO-Phänomen eine solche Ausnahmesituation, weil es den staatlichen Souverän in mehreren Hinsichten herausfordert: Es stellt eine technologische Bedrohung dar, weil es die Herrschaft über den eigenen Luftraum in Frage stellt, es stellt eine ontologische Bedrohung dar, weil es potentiell für eine überlegene äußere Macht steht, der die Menschheit nichts entgegenzusetzen hat (das ist derselbe „ontologische Schock“, von dem auch viele der Betroffenen des europäischen Kolonialismus ereilt wurden), und es stellt eine metaphysische Bedrohung dar, weil der Grad der vom UFO potentiell ausgehenden Gefährdung nicht empirisch skaliert werden kann, folglich potentiell unlimitiert ist und darum als potentiell drohende Wiederkehr einer transzendentalen Macht imaginiert werden kann – sie könnte den Kern unseres Naturverständnisses betreffen. Aus diesem Grund entzieht sich das UFO-Phänomen der politischen Dezision, denn die Dezision entscheidet über einen temporären Ausnahmezustand, der perspektivisch im Horizont einer antizipierten Rückkehr zum Zustand alltäglicher Rechtsgeltung liegt. Da das UFO-Phänomen aber in diesem Sinne aus Mangel an Wissen über seine reale Beschaffenheit nicht rational kalkuliert werden kann, ist weder die Perspektive einer Rückkehr in den Rechtszustand vorhanden, noch sind mangels zureichender Konkretion der Bedrohung Vorkehrungen zur tatsächlichen Exekution des Ausnahmezustands einplanbar, und darum kann das Phänomen, um den Grad der Infragestellung durch das Phänomen nicht offen preiszugeben, nur der offiziell bestätigten Wahrnehmung entzogen, also tabuisiert werden. Aus diesem Grund schreiben Wendt und Duvall: „(H)insichtlich des UFOs gibt es keine Entscheidung in Bezug auf dessen Status als Ausnahme, sondern nur ein Ignorieren.“ (Wendt & Duvall, 2013, S. 96) Wendt und Duvall formulieren ihre Kerntese folgendermaßen:

Das Ufo-Phänomen erzwingt eigentlich eine Entscheidung, weil es die moderne Gouvernamentalität überschreitet. Wir argumentieren hier jedoch dahingehend, dass diese Entscheidung nicht vollzogen werden kann. Der Grund hierfür liegt darin, dass der moderne Anthropozentrismus durch die Möglichkeit, dass UFOs Außerirdische sein könnten, metaphysisch bedroht ist. Als solche kann genuine UFO-Ignoranz nicht bestätigt werden, ohne moderne Souveränität selbst in Frage zu stellen. Dies verschiebt das Problem, das UFO zu normalisieren, wieder zurück auf die Ebene der Gouvernamentalität – wo es Wissen über dieses Phänomen nur geben kann, wenn nicht versucht wird, herauszufinden, was es ist. Dies ist der Ursprung des UFO-Tabus. Das UFO-Tabu ist mithin ein bislang

nicht anerkannter Ort einer Herausforderung innerhalb eines andauernden historischen Projekts, Souveränität in anthropozentrischen Begriffen zu konstituieren. Insbesondere ist unser Argument strukturell und nicht handlungsbezogen. (Wendt & Duvall, 2013, S. 86)

Das UFO-Phänomen bringt die anthropozentrische Souveränität in eine Zwickmühle: Weil es in seiner abstrakten Potentialität, überlegene Technologie aus einem diesseitigen Jenseits der anthropologischen Souveränität zu sein, „die moderne Gouvernamentalität überschreitet“, müsste es eigentlich als Ausnahmezustand betrachtet werden und eine Deziision auslösen (die rein hypothetisch zum Beispiel in der Entscheidung bestehen könnte, UFOs einer eindeutigen Feindbilddefinition zu unterwerfen und sie in Zukunft mit Kampfflugzeugen zu jagen und nach Möglichkeit abzuschießen). Weil das UFO-Phänomen aber über die politische Bedrohung hinaus auch eine *metaphysische* Bedrohung darstellt, nämlich eingestehen zu müssen, dass „da draußen“ womöglich eine Macht von womöglich überwältigender Machtfülle und mit einem für die Menschheit aussichtslosen Bedrohungspotential lauert, darf seine Existenz gar nicht erst eingestanden werden, um nicht die gesellschaftliche Existenz der Menschheit sozusagen mit einer kollektiven psychogenen Todessuggestion zu belasten. Folglich kann man es nur ignorieren und es einem Tabu, einem Benennungs- und Berührungsverbot unterwerfen.

Der Kern meiner eigenen Kritik am Argument von Wendt und Duvall (Jüdt, 2013) bestand in der Absicht, eine analytische Unschärfe zu präzisieren, die sich meiner Ansicht nach aus der Art und Weise ergeben hat, wie die beiden das Werk Michel Foucaults rezipiert haben. Eine zentrale These von Foucault besteht darin, dass sich „Macht“ in der modernen Gesellschaft nicht in der interaktionistischen Definition Max Webers erschöpft, der zufolge sie in der „Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“, besteht (Weber, 2014, S. 38), sondern vor allem eine umfassende kulturelle und sozialpsychologische Formatierung von Individuen durch gesellschaftliche Normen und Zwänge ermöglicht. Foucault hat sein Machtmodell als „panoptisch“ bezeichnet, weil es auf der Antizipation *durch* den Einzelnen eines durchgängigen Beobachtetwerdens *des* Einzelnen mittels einer unsichtbaren, aber mit disziplinarischer Sanktionsgewalt ausgestatteten Institution beruht. „Das panoptische Machtmodell ist ein Modell sozialer Kontrolle, das letztlich ohne Kontrolleure auskommt. Es garantiert Regel- und Normenkonformität auf der Grundlage einer entindividualisierten, abstrakten Beobachtungsapparatur“ (Kammler et al., 2014, S. 276). Dieser Machtbegriff Foucaults ist nun aber so breit, ja praktisch anthropologisch universell angelegt, dass er sich nicht ohne weiteres mit dem Ziel mobilisieren lässt, ein „UFO-Tabu“ im politischen System, bei den „staatlichen Instanzen“ (Wendt & Duvall, 2013, S. 86) zu verorten. Ich habe daher versucht, einen institutionellen Ort zu identifizieren, an dem sich die von Wendt und Duvall in Anspruch genommene Gouvernamentalität eher plausibel machen lässt: in der modernen Öffentlichkeit.

Diese Öffentlichkeit ist einerseits ein verfassungsrechtlich geschützter, idealisierter Diskursraum, in dem alle Bürger ihre Stimme zu allen das gemeinsame Leben betreffenden Angelegenheiten erheben können, andererseits eine konkrete Infrastruktur von Institutionen, die diesen Diskursraum in der Realität bereitstellen und – idealerweise im Sinne einer Dienstleistung – thematisch vorstrukturieren. Aufgrund dieser grundsätzlichen Asymmetrie zwischen Medienproduzenten und Medienkonsumenten eignen sich die Strukturen der Öffentlichkeit jedoch tendenziell auch zur Ausübung von Herrschaft und Kontrolle. Die Massenmedien beanspruchen gegenüber Staat, Wissenschaft und Bürgern eine *eigenständige* Rolle, indem sie als *Gatekeeper* der liberalen Ideologie auftreten und öffentliche Moral und Reputierlichkeit *aus eigenem Recht* zuweisen und entziehen können. In der traditionellen Gatekeeperfunktion können sie sich „weigern“, bestimmte Themen zur öffentlichen Debatte zuzulassen (was im Idealfall durch die Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Medien ausgeglichen wird), andererseits auch über die jeweils konkret kommunizierten Inhalte und die dazu verwendeten Stilmittel operieren. Hier kann das ganze Arsenal der Rhetorik und der semantischen Manipulation aufgeboten werden, um gleichsam eine „Feinsteuerung“ der „öffentlichen Meinung“ zu realisieren. Wenn die als „Gouvernementalität“ bezeichnete Form moderner Machtausübung die Eigenschaft haben soll, alltäglich, unmerklich und routinemäßig zu funktionieren, dann scheint mir dies am ehesten durch eine subtile Einhegung des „öffentlich Sagbaren“ und einer sozialen Exkommunikation des „Unsagbaren“ geschehen zu können. Auch diese mediale Macht umfasst nicht die Gesamtheit der in einer Gesellschaft anzutreffenden „panoptischen“ Macht, aber sie hat zumindest den größten Einfluss auf die kollektive *Reflexion* über bestehende Machtverhältnisse. Aus solchen Argumenten resultierte meine Gegenthese: „Das UFO-Tabu ist öffentlich, nicht politisch.“

Seitdem am 16. Dezember 2017 drei renommierte Zeitungen der Vereinigten Staaten, *Washington Post*, *New York Times* und *Politico*, in einer abgestimmten Aktion gleichzeitig über ein geheimes UFO-Forschungsprogramm im Auftrag des amerikanischen Verteidigungsministeriums berichtet haben (Bender, 2017; Cooper, Blumenthal & Kean, 2017; Warrick, 2017), hat sich die Situation grundlegend geändert. Bei den drei Artikeln handelt es sich um ein „Disclosure“-Ereignis, eine Enthüllung, aus der hervorgeht, dass Behörden des amerikanischen Staates in allem wissenschaftlichen Ernst ein Programm zur Erforschung von UFO-Sichtungen durchgeführt haben, während in der Öffentlichkeit der gegenteilige Eindruck vermittelt worden ist, dass nämlich die amerikanische Regierung das Phänomen keiner ernsthaften Betrachtung für wert erachte. Angesichts einer solchen „UFO-Disclosure“ durch drei Mainstream-Medien stellt sich die Frage, ob die These vom UFO-Tabu noch haltbar ist, nunmehr unausweichlich – und erst recht dann, wenn man wie ich diese klassischen Medien als die *primären Träger* des UFO-Tabus bewertet hat. Handelt es sich bei der These vom UFO-Tabu von vornherein um eine Fehldiagnose, oder kann man argumentieren, dass dieses Tabu zwar bestanden hat, aber

aufgrund von im Einzelnen zu benennenden Umständen schließlich durchbrochen worden ist? Im Folgenden will ich zu analysieren versuchen, wie es zu der heutigen, erstaunlichen Situation eines offenen politischen Umgangs mit dem UFO-Phänomen kommen konnte.

Wie kam AAWSAP zustande?

Das Forschungsprojekt, dessen Existenz von den genannten drei Zeitungen offengelegt wurde, ist unter den Kürzeln AAWSAP und AATIP geführt worden, auf deren Bedeutung wir noch eingehen werden. Es wurde von Ende 2008 bis Ende 2010 durchgeführt und kostete 14 Millionen Dollar. Ich möchte nun auf folgende Fragen eingehen: (1) Woher kam das Geld? (2) Wie verlief der Prozess der politischen Entschließung zur Durchführung des Projekts? (3) Wer war an diesem Prozess beteiligt? Ich stütze mich für meine Darstellung hauptsächlich auf die Aussagen von Colm Kelleher, George Knapp und James Lacatski in „Skinwalkers at the Pentagon“ (Lacatski, Kelleher & Knapp, 2021).

1) AAWSAP/AATIP ist ein *offizielles* Projekt des amerikanischen Verteidigungsministeriums gewesen, da für dieses Forschungsprojekt Haushaltsgelder bewilligt worden sind. Im Haushalt der Vereinigten Staaten hat es jedoch nach dem Ende von *Project Blue Book* keinen offen ausgewiesenen Posten für UFO-Forschung mehr gegeben. Das heißt, das neuerliche, nichtöffentliche Programm ist am offiziellen Haushalt vorbei finanziert worden. Das bedeutet jedoch nicht, dass es sich um ein irreguläres oder inoffizielles, sondern nur, dass es sich um ein *nichtöffentliches* Projekt gehandelt hat. Für solche nichtöffentlichen Projekte verfügen die USA über die *reguläre* Institution der „Black Budgets“. Denn anders, als man mit dieser Bezeichnung assoziieren könnte, geht es dabei nicht um etwas Illegales, sondern um *legale staatliche Geheimhaushalte*. Ein „Black Budget“ ist jede Haushaltsausgabe, für die die US-Regierung ermächtigt ist, sie nicht öffentlich auszuweisen, nämlich „any budgetary expenditure that the U.S. Government does not disclose publicly“ (Swab, 2019, S. 5). Die Existenz solcher Budgets hat ihren Ursprung im Central Intelligence Agency Act von 1949, einem Bundesgesetz, das zunächst der CIA das Recht einräumt, ihre Ausgaben nicht öffentlich machen und nicht rechtfertigen zu müssen. Der US Supreme Court hat 1974 die Verfassungsmäßigkeit dieser Praxis grundsätzlich bestätigt (United States v. Richardson, 418 U.S. 166 [1974]). Große öffentliche Aufmerksamkeit erhielten die Black Budgets erstmals Ende 1974, als Seymour Hersh, der Journalist, der auch das Massaker von My Lai in Vietnam aufgedeckt hatte (nicht zu verwechseln mit „Watergate“, dem Verdienst von Bob Woodward und Carl Bernstein), in der *New York Times* die als „Familienschmuck“ (family jewels) bezeichneten Projekte der CIA enthüllte (Blanton, 2007; Hersh, 1974), nämlich Pläne für Staatsstriche und zur Ermordung ausländischer Staatsoberhäupter, was 1975 zur Gründung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses geführt hatte, dem Church Committee (benannt nach Frank Church, demokratischer Senator für Idaho 1957–1981). Ein Beispiel für

außenpolitische Auswirkungen durch den Einsatz nicht öffentlich bewilligter Haushaltsmittel ist die Lieferung von Stinger-Raketen an afghanische Mudjaheddin, mit denen im September 1986 erstmals sowjetische Kampfhubschrauber abgeschossen wurden (Crile, 2015).

Die Zuordnung dieser Budgets ist naturgemäß nicht öffentlich einsehbar. Aus den von Edward Snowden geleakten Daten ergibt sich jedoch für 2013 folgende Verteilung eines Budgets von 52,6 Milliarden Dollar:³

Central Intelligence Agency (CIA)	14,7 Mrd.
National Security Agency (NSA)	10,8 Mrd.
National Reconnaissance Office (NRO)	10,3 Mrd.
National Geospatial-Intelligence Agency (NGA)	4,9 Mrd.
General Defense Intelligence Program (GDIP)	4,4 Mrd.
Department of Justice	3,0 Mrd.
Sonstige	4,5 Mrd.

Dem entspricht folgende Aufgliederung nach Sachbereichen („Main Spending Categories“) über alle genannten Behörden:

Datensammlung	25,3 Mrd.
Datenverarbeitung und -auswertung	6,1 Mrd.
Datenanalyse	6,2 Mrd.
Verwaltung, Infrastruktur und Unterstützung	14,4 Mrd.

Für Projekte, die in den nachrichtendienstlichen Bereich fallen, werden entsprechende Budgets in zwei Finanzierungsprogrammen zusammengefasst, dem *National Intelligence Program* (NIP) und dem *Military Intelligence Program* (MIP).⁴ Im MIP werden die Ausgaben für die Waffengattungen (Heer, Luftwaffe, Marine, Marineinfanterie) zusammengefasst, alle anderen fallen unter das NIP. Die Zuweisung von Haushaltsmitteln (Appropriations) ist damit nicht deckungsgleich: Der Verteidigungshaushalt finanziert nicht nur die nachrichtendienstlichen Ausgaben der Streitkräfte, sondern auch die von CIA, NSA, Defense Intelligence Agency (DIA), NGA und NRO. Weitere Quellen von Haushaltsmitteln sind das Außenministerium, Homeland Security, Finanzministerium, Energieministerium und der Haushalt für Handel, Justiz und Wissenschaft (Erwin & Belasco, 2013, S. 9).

3 <https://www.martingrandjean.ch/data-visualization-top-secret-us-intelligence-budget/>

4 <https://www.dni.gov/index.php/what-we-do/ic-budget>

2) Der Prozess der Bewilligung von Haushalten ist eine Sonderform des Gesetzgebungsprozesses der Vereinigten Staaten, durch den eine *Bill* (Gesetzesentwurf) zum *Act* oder *Statute* (Gesetz) wird. (Für die folgende Darstellung siehe Oswald, 2021, S. 55–90.) Zuständig sind die beiden Kammern des Parlaments, der grundsätzlich im Sechsjahreszyklus, aber in drei zweijährigen Staffeln zu jeweils einem Drittel neu gewählte Senat mit jeweils zwei Senatoren aus jedem Bundestaat der USA, also 100 Sitzen, und das im Zweijahreszyklus gewählte Repräsentantenhaus mit 435 Sitzen, das den Bevölkerungszahlen der Einzelstaaten entsprechen soll, weshalb die verfügbaren Sitze in einem jeweils zehnjährigen Zensus den Staaten neu zugeordnet werden. Während ein Mitglied des Repräsentantenhauses nur einen Wahlkreis vertritt, vertritt ein Senator einen ganzen Staat. „Gesetze müssen in den beiden Kammern beraten und beschlossen werden. Die entscheidende Schwierigkeit für schnelles, gesetzgeberisches Handeln besteht darin, dass letztlich Repräsentantenhaus und Senat einen übereinstimmenden Text verabschieden müssen“ (Oswald, 2021, S. 55–56).

Eine zentrale Rolle für die konkrete Arbeit im amerikanischen Kongress („das Musterbeispiel für ein Arbeitsparlament“, Oswald, 2021, S. 66) haben die Ausschüsse (Committees). Zu den wichtigsten Sachbereichen gibt es *Standing Committees*, die über einen längeren Zeitraum bestehen (während *Select* oder *Special Committees* für aktuelle oder besonders problematische Themen berufen werden). Insbesondere die *Standing Committees* gliedern ihre Arbeit noch einmal in Unterausschüsse mit eng definiertem Geschäftsbereich und hoch spezialisiertem Sachverstand ihrer Mitglieder. Unterstützt werden die Senatoren und *House Members* durch einen professionellen Mitarbeiterstab, die *Staffers*, die durch ihre Vorarbeiten „einen nicht unerheblichen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten ihrer Vorgesetzten“ (Oswald, 2021, S. 69) ausüben und darum bevorzugte Adressaten von Interessenvertretern sind.

Nicht nur Gesetzesentwürfe gehen häufig aus Ausschüssen hervor; Anhörungen von Interessengruppen und Agenturbürokraten finden ebenso auf Ausschuss- und Unterausschusssebene statt. (...) Die Ausschüsse ... sind in ihrem Geschäftsbereich und Politikfeld oft die maßgeblichen und manchmal sogar die einzigen Regierungsakteure. Verbindliche politische Regeln unter Umgehung der Kongressausschüsse zu schaffen, ist im amerikanischen politischen System nahezu unmöglich. Gemeinsam mit Interessengruppen, Lobbyisten und Exekutivbehörden nehmen Kongressausschüsse somit die Interessenaggregierungsfunktion für das politische System wahr. Sie sind aufgrund des legislativen Initiativmonopols unverzichtbarer Bestandteil aller *Policy-Making*-Prozesse. Die Ausschüsse und ihre Zuständigkeiten werden durch die Geschäftsordnungen jeder Kammer mandatiert ... Es obliegt der Mehrheitspartei, die Besetzung der Ausschüsse, also das Verhältnis von Abgeordneten der Mehrheits- und Minderheitspartei, festzulegen. Besonderes Augenmerk gilt hierbei den Ausschussvorsitzenden. Der Vorsitz und die Mehrheit der Mitglieder in den jeweiligen Ausschüssen werden von der Mehrheitspartei gestellt. (Oswald, 2021, S. 66)

Das Initiativrecht für Gesetze liegt bei den Mitgliedern des Kongresses, die jedoch faktisch oft nur Gesetzesvorschläge der Exekutive, von Interessengruppen oder von Bürgern einbringen. Der Prozess der Verabschiedung von Bundeshaushalten weicht hiervon ab, da der Vorschlag eines Bundeshaushalts vom Präsidenten ausgeht, der diesen am ersten Montag des Februars eines Jahres vorschlagen muss. Dabei bezieht er sich seinerseits auf Vorarbeiten der Exekutivbürokratie: Im Falle des uns interessierenden Budgets für das *National Intelligence Program* wird der Vorschlag vom *Director of National Intelligence* vorgelegt. Der Vorschlag des Präsidenten wird sodann in den Fachausschüssen des Kongresses begutachtet und dient in der Regel als Anhaltspunkt für einen eigenen Haushaltsentwurf, der in eine Rahmenempfehlung des Kongresses mündet, die *Budget Resolution*. Sie stellt noch keine Gesetzesinitiative dar, sondern fungiert als Orientierungsrichtlinie für eine weitere Runde Ausschussarbeit. „Die Verabschiedung der *Budget Resolution* dient lediglich als kleinster gemeinsamer Nenner für beide Kammern. Sie ist ein Garant dafür, dass sich die Vorstellungen beider Kammern in Bezug auf das Budget nicht zu sehr unterscheiden“ (Oswald, 2021, S. 78–79).

Nun geht der Haushaltsvorschlag in einen zweistufigen Prozess der Verabschiedung. Zunächst erfolgt die *Authorization*, die den Rahmen der möglichen Ausgaben festlegt und dabei zwischen verpflichtenden und frei verfügbaren Ausgaben unterscheidet, dem *mandatory spending* und dem *discretionary spending*. So gehört beispielsweise *Medicaid*, eine Krankenversicherung für Bürger mit niedrigen Einkommen oder anderen Anspruchsgrundlagen, zu den die Exekutive verpflichtenden Ausgaben. In dem von den *Authorization Bills* abgesteckten Finanzrahmen können dann die *Appropriations Committees* die frei verfügbaren Ausgaben (etwa 40 Prozent des Gesamthaushalts) konkret zuweisen. „Die *Appropriations Committees* erstellen auf der Grundlage des Vorschlags aus dem Weißen Haus und der *Budget Resolution* bis zu zwölf *Appropriation Bills* oder fassen mehrere Bills in einer konsolidierten Fassung zusammen (*Omnibus Bill*)“ (Oswald, 2021, S. 79).

In diesem Prozess der Zuweisung von Budgets können nun sehr konkrete Zweckbestimmungen von Einzelbeträgen vorgenommen werden, die als *Earmarking* bezeichnet werden, und zwar in Form von Ergänzungen zum Text des Gesetzesentwurfs, den *Amendments*. „Wie auch andere *Bills*, können die *Appropriation Bills* eine Vielzahl an *Amendments* enthalten. Diese Zusätze zu den *Appropriations Bills* sind ein zentraler Fokus politischer Repräsentation in den USA. In der Praxis sind viele *Amendments* zu den *Appropriations Bills* nichts anderes als orts-, zeit- und zweckgebundene Vorgaben für Haushaltsausgaben. Diese Bestimmungen werden als *Earmarks* bezeichnet“ (Oswald, 2021, S. 80). Solche *Earmarks* bieten aufgrund ihrer Zweckspezifität Abgeordneten die Möglichkeit, Begünstigungen für ihren Wahlbezirk zu erwirken, weshalb sie im Ruf stehen, auf der Grenze von Steuergeldverschwendung und Korruption zu stehen. Handelt es sich um eine solche Begünstigung von Interessengruppen oder eigener Klientel, spricht man von *pork barrel politics*, sinnbildlichen Fässern voll gepökel-

ten Schweinefleischs, die ein Abgeordneter seinen Wählern zum Geschenk machen kann. In einem weiten Verständnis des Begriffs handelt es sich dabei um „particularistic benefits that can be geographically targeted to congressional districts“ (Sidman, 2019, S. 8). Die Grenze zwischen sinnvollen, bedarfsorientierten Staatsausgaben und einer Verschwendung von Geldern zur Begünstigung einer bestimmten Klientel ist dabei fließend. Ein als besonders anstößig wahrgenommener Fall eines solchen „Pork Barrels“ war das vom Senator Alaskas, Ted Stevens, und Representative Don Young für den Haushalt von 2005 befürwortete Projekt der Gravina Island Bridge, ein auf den Kostenpunkt von 398 Millionen US-Dollar veranschlagtes Brückenbauprojekt in der Weniger-als-8000-Einwohner-Kleinstadt Ketchikan in Alaska, die die Verbindung zu einer 50-Einwohner-Insel mit dem Flughafen hätte herstellen sollen. Der Bundeshaushalt hätte 315 Millionen US-Dollar dieser Baukosten übernehmen sollen.⁵ „Die Brücke erreichte so unter dem spöttischen Namen ‚The Bridge to Nowhere‘ zweifelhaften Ruhm. Die Finanzierung der Brücke ins Nirgendwo wurde 2011 gestoppt und 2015 endgültig eingestellt“ (Oswald, 2021, S. 81). Ein anderer berüchtigter Fall war das von Dennis Hastert (Sprecher des Repräsentantenhauses 1999–2007) in die *Omnibus Highway Bill* von 2005 eingebrachte *Earmark* über 207 Millionen US-Dollar für den Bau einer Schnellstraße, die Landbesitz aufwertete, den er zuvor anonym über Mittelsmänner selbst erworben hatte (Lofgren, 2016, S. 229).

Im Zweiparteiensystem der USA entwickelte sich die Möglichkeit von Abgeordneten, Gelder für lokale Distrikte „abzuzweigen“, zur „standard strategy“ (Lofgren 2016, S. 228) für die Gewinnung der Zustimmung beider Parteien zu einem Haushaltsbeschluss. Nicht alle *Earmarks* stehen jedoch zwangsläufig für *Pork Barrel*. Oftmals dienen sie tatsächlich dem intendierten Zweck, sicherzustellen, dass sinnvolle, konkret benannte Projekte tatsächlich finanziert werden. Ein Amendment zum aktuellen Department of Defense Appropriations Act für 2024, der dem Repräsentantenhaus zur Abstimmung vorliegt, lautet zum Beispiel: „Boebert (R-CO) – Amendment No. 24 – Redirects \$5 million from O&M to fund Navy and Marine procurement of MK107 cartridges“.⁶ Hier wird zuerst der „Sponsor“ des Amendments genannt: Lauren Boebert (Republican-Colorado), dann die laufende Nummer des Amendments (#24), schließlich der Inhalt: Umleitung von 5 Mio. US \$ von Operations and Maintenance (O&M) für die Beschaffung von Munition für das MK107-Sturmgewehr der Marine und Marineinfanterie. Ein Beispiel für einen ausdrücklich benannten Adressaten eines *Earmark* ist Nummer 28: „Crow (D-CO) – Amendment No. 28 – Increases applied research funding for Space Force RDT&E, Space

5 https://web.archive.org/web/20081025113307/http://www.taxpayer.net/user_uploads/file/Transportation/gravinabridge.pdf

6 <https://repcloakroom.house.gov/amendment/amendments-to-h-r-4365-department-of-defense-appropriations-act-2024-2/>

Technology, by \$2,500,000, for the „University Consortium for Space Technology“. „Reduces Defense-Wide O&M by \$2,500,000. The University Consortium for Space Technology supports the Space Force’s missions by conducting applied research, development and demonstration activities aimed at rapidly advancing space technology and capability integration“. Solche Erfolge können dann von den Senatoren und Representatives als Legitimation gegenüber ihrer Wählerschaft vorgezeigt werden. So titelt Michael Bennet, demokratischer Senator für Colorado, am 20. Dezember 2022 auf seiner Webseite: „Bennet Secures Over \$116 Million to Support 81 Colorado Projects Across Colorado“⁷ für das Haushaltsjahr 2023, die dann im Einzelnen aufgezählt werden.

Wenn der Gesamthaushalt dann in die Lesung im Kongress geht, gibt es für jede Haushaltsposition ein kurzes Zeitfenster, in dem sie aufgerufen wird und jedem Abgeordneten fünf Minuten zur Verfügung stehen, um ein Amendment zu dieser Position vorzuschlagen. In der Regel wird dieses Rederecht nur von demjenigen Senator oder Mitglied des Repräsentantenhauses wahrgenommen, der für das Amendment verantwortlich ist (der „Sponsor“). Findet das Amendment oder der Sammelantrag („Omnibus“), von dem es ein Teil ist, eine Stimmenmehrheit, wird es Teil des Gesetzesentwurfs. Ist dieser als Ganzer verabschiedet, wird er zu einem *Act*, der aber erst rechtskräftig wird, wenn der Präsident ihn unterzeichnet. Michael Oswald gibt folgende Gesamtschätzung des Bewilligungsprozesses:

Die Haushaltsverhandlungen im amerikanischen Kongress veranschaulichen mustergültig Definitionen von Politik, in denen Aushandlungsprozesse als zentrale Bestandteile des Regierens verstanden werden. Obwohl die Wiederwahlquote hoch ist, kann es als eine Konstante im amerikanischen politischen System betrachtet werden, dass einzelne Abgeordnete den Bürgern in ihren Wahlkreisen handfeste Ergebnisse liefern müssen, damit sie erneut gewählt werden. Die dezentrale Entscheidungsstruktur erleichtert es, die Haushaltsberatungen in die jeweils gewünschte Richtung zu beeinflussen. Dazu zählt die Atomisierung der Ausgabenstruktur, die relativ starke Stellung einzelner Abgeordneter bei der Erstellung von *Earmarks* und die unvermeidbaren Aushandlungsprozesse zwischen Vertretern beider Kammern. (Oswald, 2021, S. 82)

Im Falle von AAWSAP, dessen Bewilligung in die Haushaltsperiode des 110. Kongresses der USA (03.01.2007–03.01.2009) fällt, haben wir es mit einem *Earmark* zu tun, das zum nichtöffentlichen Teil des Militärhaushalts gehörte und darum nicht in einer öffentlich zugänglichen Budgetplanung vermerkt ist. Daher verfügen wir nur über die Aussagen der Beteiligten, die in den Presseartikeln von 2017 und in „Skinwalkers at the Pentagon“ dokumentiert sind.

⁷ <https://www.bennet.senate.gov/public/index.cfm/2022/12/bennet-welcomes-178-million-for-colorado-projects-in-fy23-funding-bill> (<https://archive.ph/Nn1pz>)

Wir betrachten nun das Einflussnetzwerk, das die Projektbewilligung im Jahre 2007 auf den Weg gebracht hat. Unser roter Faden hierfür ist der für das genannte Buch titelgebende Begriff des „Skinwalkers“.

3) Glaubt man der Folklore, dann ist das Uinta Basin, ein südostwärts von Salt Lake City gelegenes und in der Kreidezeit entstandenes Sedimentbecken im nordöstlichen Utah, seit vielen Jahrzehnten, wenn nicht seit Jahrhunderten, ein „Hotspot“ der Sichtung von UFOs und paranormalen Phänomenen (Salisbury, 2010). Die Erzählungen und Berichte umfassen den Bigfoot, den Sasquatch, Viehverstümmelungen, Sichtungen von und Nahbegegnungen mit runden, ovalen, zylindrischen und dreieckigen, schwebenden und gelandeten UFOs sowie Begegnungen mit dem „Skinwalker“. Der Skinwalker ist ein Wesen aus den Legenden der Indianer des amerikanischen Südwestens, vor allem der Navajo und Hopi, und wird beschrieben als „a being of pure evil, a witch (usually male) who can take on the appearance of any animal, and with the appearance (the ‚skin‘), also the attributes of that species but intensified. A skinwalker wolf, for example, can run as fast as an automobile – but upright on his hind legs! Skinwalkers are capable of mind control. As a skinwalker, the Native American witch reaches the highest pinnacle he can achieve, gaining these supernatural powers“ (Salisbury, 2010, S. 226). Für zwei relevante Bücher unserer Untersuchung titelgebend, steht diese Gestalt eines indianischen Hexers emblematisch für den Strangeness-Faktor einer Episode amerikanischer Politik.

War das Uinta Basin ein Hotspot für Sichtungen anomaler Phänomene, dann war eine Ranch innerhalb des Beckens anscheinend ein Hotspot in diesem Hotspot. Eine in den Quellen pseudonym mit dem Namen „Gorman“ versehene Familie hatte diese Ranch im Jahre 1994 gekauft und dann, den Erzählungen zufolge, so viele beängstigende Erlebnisse und Begegnungen gehabt, dass sie ihren Besitz schon nach zwei Jahren wieder verkaufen wollte – ausschlaggebend soll zum Schluss gewesen sein, dass eine blaue Lichtkugel („blue orb“) drei Hunde des Eigentümers zu Asche verbrannt habe (Kelleher & Knapp, 2005, S. 86). Der Käufer, den sie dafür fanden, war niemand anderes als Robert Bigelow. Geboren 1944 in Las Vegas und dort aufgewachsen, als es noch eine unbedeutende Stadt war, wurde er als Kind Zeuge zahlreicher Nukleartests und Testflüge in der Region, die sein Interesse an neuartigen Technologien weckten. In einer bemerkenswert zielstrebigem Karriere als Gewerbeimmobilienmakler machte er ein Vermögen, das er seit Mitte der 90er Jahre zur Realisierung seiner Jugendträume einsetzte: für die Erforschung des Paranormalen und für ein eigenes Raumfahrtunternehmen, die 1998 gegründete, privat geführte Firma *Bigelow Aerospace*.⁸ Für die Untersuchung paranormaler Phänomene hatte er 1995 das *National Institute for Discovery Science* (NIDS) gegründet, nachdem er bereits früher

8 Higginbotham, Adam (2013): Robert Bigelow Plans a Real Estate Empire in Space. In: *Bloomberg Businessweek*, 2013, 02.05.2013 (<https://web.archive.org/web/20130503062237/http://www.businessweek.com/articles/2013-05-02/robert-bigelow-plans-a-real-estate-empire-in-space>)

private UFO-Untersuchungen finanziell gefördert hatte, aber vom Mangel an greifbaren Resultaten dieser Forschung enttäuscht gewesen war (Lacatski, Kelleher & Knapp, 2021, S. 14). Mit NIDS nahm er die Sache nun selbst in die Hand. NIDS war der Käufer der Gorman Ranch⁹ und begann 1996 vor Ort ein Feldforschungs-Projekt unter Leitung von Colm Kelleher, Eric Davis und George Onet. Die Resultate dieser über acht Jahre hinweg mit unterschiedlicher Intensität durchgeführten Untersuchungen fassten Colm Kelleher und George Knapp 2005 in einem Buch mit dem Titel *Hunt for the Skinwalker* zusammen (Kelleher & Knapp, 2005), das 2019 auch in deutscher Übersetzung erschien (Kelleher & Knapp, 2019). Mit dem Erscheinen dieses Buchs begann die Vorgeschichte von AAWSAP.

Robert Bigelow und George Knapp kannten einander aus Las Vegas, wo Bigelow wohnte und Knapp als Reporter tätig war. Knapp war Bigelow erstmals 1989 begegnet, nachdem er auf die damals neu aufgekommenen Gerüchte um die „Area 51“ auf dem Gebiet der Nellis Air Force Range in Nevada aufmerksam geworden war. Zuvor hatte Knapp darüber bereits ein Gespräch mit dem demokratischen Senator Nevadas, Harry Reid, geführt, der sich am Thema interessiert gezeigt hatte.¹⁰ Reid wiederum war seit 1969 in der Politik Nevadas aktiv: als Mitglied des Parlaments, als stellvertretender Gouverneur, als Mitglied des Repräsentantenhauses für den 1. Regierungsbezirk, schließlich von 1987 bis 2017 als Senator. Im Senat setzte er seine Karriere fort: zunächst in der Rolle des stellvertretenden Parteiführers der Demokraten (des sogenannten „whip“, des „Einpeitschers“, dem die Durchsetzung politischer Parteidisziplin obliegt), dann als Parteiführer, entsprechend den Mehrheitsverhältnissen erst als Minority Leader/Whip und schließlich von 2007 bis 2015 als Majority Leader. Knapp stand als in Las Vegas ansässiger Korrespondent mit Reid schon während der lokalen Wahlkampagnen von 1982, 1984 und 1986 in Kontakt (Lacatski, Kelleher & Knapp, 2021, S. 13). Reid, kraft seines Amtes als Senator Nevadas natürlicher Ansprechpartner für politische Anliegen der Bürger des Staates, diente Knapp 1989 als Ansprechpartner im Falle der UFO-Gerüchte um die „Area 51“.

Reids Interesse am Thema war jedoch nicht nur seinem Amt geschuldet. Er gehörte der Glaubensgemeinschaft der Mormonen („The Church of Jesus Christ of Latter-day Saints“) an, deren Doktrinen für die Idee außerirdischen Lebens sehr aufgeschlossen sind (Weintraub, 2014, S. 153–159). Reid hat das in einem Interview mit George Knapp 2018 erläutert:

Anyone who's looked at Mormonism at all understands that we believe there are other worlds. It's one reason people looked askew at Mormonism for a long time. They'd ask,

9 Knapp, G. (2005): Las Vegas Based Scientists Study ‚Skinwalker Ranch‘. In: *Las Vegas Now*, 2005, 22.12.2005 (<https://web.archive.org/web/20070927223735/http://www.klas-tv.com/Global/story.asp?S=4275629>)

10 Knapp, G. (2023): *Statement to Congress*. (<https://static.foxnews.com/foxnews.com/content/uploads/2023/07/George-Knapp-Congressional-Record-Submission.pdf>)

„are these people crazy, talking about other worlds?“ Well, Joseph Smith [der Stifter des mormonischen Glaubens – I. J.] came up with this idea. I think there is no question there are other worlds, so yes, my religious beliefs are compatible 100 percent. (Lacatski, Kelleher & Knapp, 2021, S. 14)

Als NIDS die Arbeit aufnahm, traf sich der wissenschaftliche Beirat der Organisation erstmals Anfang 1996. Anwesend waren unter anderem Hal Puthoff, Jacques Vallée, Harrison Schmitt, John Mack, John B. Alexander und George Knapp – eine erlesene Auswahl der amerikanischen UFO-Forschung und, wenn man so will, Personal aus dem Zentrum des von Jacques Vallée so apostrophierten „Invisible College“, dessen Mitglieder Vallées Verständnis zufolge wie am Ende des Mittelalters den Mut haben, im Windschatten öffentlicher Aufmerksamkeit grundsätzlich neue Wege des Denkens einzuschlagen (Vallée, 1975, 2014, S. 12). Knapp hatte Reid von diesem Treffen berichtet, und an einem weiteren Treffen am 3. August 1996, bei dem Vallée den Hauptvortrag hielt, nahm Reid als Zuhörer teil. Dieses Netzwerk mit Bigelow, Knapp und Reid als den wichtigsten Knoten möchte ich im Folgenden als „Nevada-Connection“ bezeichnen.

Dem von Kelleher und Knapp verfassten Buch *Hunt for the Skinwalker* über die NIDS-Untersuchungen auf der Gorman-Ranch, die dadurch als die „Skinwalker-Ranch“ bekannt wurde, war innerhalb der USA eine „beträchtliche mediale Aufmerksamkeit“ (Lacatski, Kelleher & Knapp, 2021, S. 217) beschieden. Einer derjenigen, die auf das Buch aufmerksam wurden, war James T. Lacatski, ein Mitarbeiter des *Defense Warning Office* (DWO) innerhalb der *Defense Intelligence Agency* (DIA), im März 2007. Lacatskis Aufgabe bestand „von Amts wegen“ darin, frühzeitig auf technologische Neuentwicklungen aufmerksam zu werden, die ein Bedrohungspotential für die Verteidigung der Vereinigten Staaten implizieren konnten. Das war der Blickwinkel, unter dem er insbesondere die Berichte des „Skinwalker“-Buchs über UFOs und ihre Formen und Flugeigenschaften betrachtete. Insbesondere war er alarmiert, dass eine zivile Organisation solche Phänomene bereits über Jahre hinweg studiert hatte, während sie der Aufmerksamkeit seiner Behörde entgangen waren. Nach Rücksprache mit seinen Vorgesetzten schrieb er am 19. Juni 2007 auf offiziellem Briefpapier der DIA direkt an Robert Bigelow und äußerte den Wunsch, eine Strategie zu entwickeln, „how my office (DWO) can characterize the potential threat aspects of the phenomena encountered in your research efforts“ (ebd., 2021, S. 38). Bigelow arrangierte einen gemeinsamen Besuch mit Lacatski auf der Skinwalker-Ranch, der am 26. Juli 2007 stattfand. Der Besuch dauerte zwei Stunden. In diesem Zeitraum machte Lacatski, wie „Skinwalkers at the Pentagon“ berichtet, die unerklärliche Beobachtung eines technisch anmutenden, röhrenförmigen Objekts, das in der Küche der Ranch schwebte, anscheinend nur für ihn sichtbar war und nach dreißig Sekunden wieder verschwand. Durch diese Erfahrung habe er sich darin bestärkt gefühlt, das Projekt einer wissenschaftlichen Untersuchung von UAPs im Auftrag der DIA vor seinen Vorgesetzten weiterhin zu vertreten.

Lacatskis Anliegen blieb es jedoch erspart, einen mühsamen Weg aufwärts in der Hierarchie der Exekutive bis in einen präsidentiellen Haushaltsentwurf und von dort aus in den Kongress zu nehmen. Harry Reid bahnte ihm einen direkten Weg ins Zentrum des legislativen Bewilligungsprozesses: „Once Bigelow had briefed his long-term friend Reid on the extraordinary history of UAPs at the Utah ranch, as well as on the recent astounding experience by a high-level Defense Intelligence Agency analyst on the same ranch, it did not take long for Senator Reid to connect Jim Lacatski with Senators Daniel Inouye of Hawaii and Ted Stevens of Alaska in a Capitol Building meeting“ (ebd., 2021, S. 41). Man muss sich die Rangstufe der Teilnehmer dieses Treffens vergegenwärtigen: In der Sitzungsperiode des 110. Kongresses (3. Januar 2007 bis 3. Januar 2009) war Harry Reid der *Majority Leader* des Senats (demokratische Mehrheit). Daniel Inouye war Vorsitzender (Mehrheitsführer) des *Senate Appropriations Subcommittee on Defense*, also des für das Verteidigungsbudget inklusive der *Intelligence Programs* zuständigen Haushaltsunterausschusses des Senats, Ted Stevens (der nicht lange zuvor mit dem *pork barrel* der „Brücke ins Nirgendwo“ in Verruf geraten war) war *Ranking Member* (für die parlamentarische Minderheitspartei) desselben Unterausschusses. Zudem kooperierten hier die Vertreter beider Parteien, der Demokraten (Inouye) und der Republikaner (Stevens), sodass wohl interpoliert werden darf, dass durch die überparteiliche Einigkeit auch die Zustimmung des parallelen Unterausschusses des Repräsentantenhauses (mit John P. Murtha als Chair und C. W. Bill Young als Ranking Member) erwirkt wurde.

Senator Stevens had experienced his own sighting of a UAP as a World War II pilot, and Senators Reid and Inouye were strongly convinced that there were serious United States national security implications from the thousands of high quality UAP sightings by credentialed, professional individuals within the airspace of the United States for decades. (ebd., 2021, S. 41)

Reid selbst nannte Stevens und Inouye im Interview „two of my friends who for many, many years were like brothers“ und bezeichnete das Treffen mit ihnen als „the easiest meeting I ever had“ (Benson, 2018). Die Entscheidungsfindung zugunsten des Projekts vermied auf diese Weise sowohl jede Gefahr eines Scheiterns an Aushandlungsprozessen als auch jede unnötige Aufmerksamkeit. AAWsAP erhielt eine reibungsfreie Vorzugsbehandlung gleichsam im Premium-Segment der Haushaltsberatungen.

Der Wortlaut des betreffenden *Earmark* ist (einen Teil des Black Budget betreffend) nicht öffentlich zugänglich und wird daher auch in „Skinwalkers at the Pentagon“ nicht offengelegt. Die Verfasser weisen jedoch ausdrücklich darauf hin, dass die Wahl der Bezeichnung für das Projekt, „Advanced Aerospace Weapon System Applications Program“, nicht zufällig gewählt wurde, sondern aufgrund der durch die Namensbestandteile implizierten bürokratischen Zuständigkeiten eine präzise „Routing-Anweisung“ darstellte, durch die das Budget der DIA und innerhalb dieser dem DWO zugeordnet wurde.

No other names for the program were either contemplated or discussed; this AAWSAP name was created in order to make sure the \$22 million Program Element (PE) reached DWO, and only DWO, at DIA. No variations on the AAWSAP name would have been allowed because of the technical nature of the PE financial conduit. (Lacatski, Kelleher & Knapp, 2021, S. 42)

Nachdem die Bewilligung für AAWSAP somit sichergestellt war, konnte Lacatski im DWO eine öffentliche Ausschreibung (*Request for Proposals*, RFP) formulieren, die auf einer hierfür vorgesehenen Webseite der Regierung veröffentlicht wurde. Robert Bigelow gründete für die Bewerbung um den Kontrakt eine eigene Firma, „Bigelow Aerospace Advanced Space Studies“ (BAASS). Obwohl mehr als eine Firma an der Ausschreibung interessiert war, erhielt BAASS im September 2008 den Zuschlag, nachdem sich Bigelows Mitbewerber zurückgezogen hatten. James Lacatski wurde zum *Program Manager* und *Contracting Officer Representative* bestimmt. Bigelow begann prompt mit der Realisierung des Programms, beschaffte ein Bürogebäude und stellte Personal ein.

Bevor wir die weitere Entwicklung des Projekts schildern, ist eine Zwischenbetrachtung zur Einschätzung seiner Bewilligung am Platz. Einerseits erscheint die Bewilligung von AAWSAP hinsichtlich ihres Zustandekommens alles andere als spektakulär. Denn sie bedeutet nicht weniger, aber auch nicht mehr, als dass sich neben einer Vielzahl anderer Interessenvertreter auch eine „UFO-Lobby“ (ich greife hier eine Formulierung von Andreas Anton auf, siehe Anton, 2023) erfolgreich in die immense, unübersichtliche und langsam mahlende Mühle des amerikanischen Haushaltsbewilligungsprozesses eingehängt hatte, um einen vergleichsweise geringen Betrag für eines unter hunderten spezialisierter Projekte in einem in hunderte von Positionen „atomisierten“ Haushaltsplan zu mobilisieren. Das Wissen um das Projekt blieb zudem vorerst strikt auf den Kreis der unmittelbar Beteiligten in der *Defense Intelligence Agency* beschränkt, war also innerhalb des Verteidigungsministeriums nicht allgemein verbreitet. Darum hat die Bewilligung auch noch nichts mit irgendeiner offiziellen Anerkennung des UFO-Phänomens durch eine Institution zu tun: Durch das Projekt sollte der Status des Phänomens aus einer Perspektive der Landesverteidigung zuallererst ermittelt werden. Andererseits kann man in dem Entschluss zu einer behördlichen Untersuchung einen ersten Schritt zum Bruch mit dem von Wendt und Duvall postulierten UFO-Tabu sehen, insofern hier, wenngleich noch unter dem Schutz der Geheimhaltung, von der Haltung des Nicht-Wissen-Wollens abgerückt wird. Mit James T. Lacatski hat zudem ein Angehöriger einer Untereinheit des Verteidigungsministeriums eine undogmatische Offenheit für potenziell anomale Phänomene gezeigt. Und schließlich ist zu konstatieren, dass niemand geringeres als ein Mehrheitsführer des amerikanischen Senats die Schlüsselfigur der politischen Entscheidungsfindung gewesen ist. Haben wir es mit der hinterhältigen Kabale einer Clique von UFO-Fanatikern zu tun, die in einem günstigen Augenblick die „Power of the Purse“, die Finanzhoheit, des amerikanischen Kongresses gekapert hat?

Das wäre wohl eine „Verschwörungstheorie“. Hauptgrund für die Bewilligung von AAWSAP war nicht der Wunsch, staatliche UFO-Forschung um der UFO-Forschung willen zu betreiben, sondern die Absicht, eine potentielle Bedrohung der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten abzuschätzen. Die entscheidende Initiative ging nicht von der „UFO-Lobby“ aus, sondern von der amerikanischen Verteidigungsbürokratie selbst. Dementsprechend können wir sie auch als bedarfsorientiert, nicht als zielgruppenorientiert einstufen, womit sie nicht in die Kategorie eines *pork barrel* fällt.

Von der Skinwalker-Ranch zu den Pilotensichtungen

In den drei Reportagen vom Dezember 2017 wird die Skinwalker-Ranch nur im *Politico*-Artikel am Rande erwähnt, nicht in der *Washington Post* oder der *New York Times*. Im Zentrum der Artikel stehen die UFO-Sichtungen der amerikanischen Marinestreitkräfte, die zum Zeitpunkt der Bewilligung von AAWSAP keinem der daran Beteiligten bekannt waren, und der Whistleblower Luis Elizondo. Die lange Liste von Untersuchungen dagegen, die im Rahmen von AAWSAP tatsächlich durchgeführt wurden, kam zunächst gar nicht auf das Radar der Öffentlichkeit. Wie kam es zu dieser Schwerpunktverschiebung? Als Colm Kelleher im Dezember 2008 damit begann, Personal für das AAWSAP-Projekt anzuheuern, bewarb sich ein ehemaliger Pilot des Marine Corps bei ihm, der eine Staffel von F-18-Mehrzweckkampfflugzeugen, die „Red Devils“, kommandiert hatte: Oberstleutnant Douglas Kurth, der am Ende des Bewerbungsgesprächs seine Beteiligung an den bis dahin unbekanntenen UFO-Begegnungen der *Nimitz Strike Group* (Carrier Strike Group 11) im Dezember 2004 schilderte. AAWSAP war überraschend und außerplanmäßig auf einen neuen Untersuchungsgegenstand gestoßen. Jonathan Axelrod, ein Freund von James Lacatski, übernahm es, die Zeugen des Vorfalls zu befragen und einen Bericht zu verfassen, in dem festgestellt wurde, dass die beobachteten Objekte (a) keiner bekannten Technologie einer irdischen Nation entsprachen, (b) sie sich der Verfolgung auf dem Radar im Allgemeinen und auf dem Feuerleitradar im Besonderen zu entziehen vermochten und (c) aus dem Stillstand zu enorm hohen Geschwindigkeiten übergehen konnten wie kein bekanntes irdisches Luftfahrzeug. Dieses dreizehn Seiten umfassende Dokument war unter den rund einhundert Berichten, die AAWSAP der DIA lieferte (Lacatski, Kelleher & Knapp, 2021, S. 113–114).

Es war dieser Befund, der dazu führte, dass die Pilotensichtungen von UAPs auch nach dem Ende von AAWSAP weiterhin dokumentiert wurden. AAWSAP lief nach Ende des Bewilligungszeitraums aus, obwohl Harry Reid sich um eine weitere Finanzierung bemühte. Da zu den von AAWSAP verfassten Berichten auch einer über das sowjetische Thread III-Untersuchungsprogramm gehörte (ebd., S. 115–117, siehe auch [8]), war Reid darüber im Bilde, dass Russland in der offiziellen Untersuchung von UAPs möglicherweise einen Vorsprung von 30

Jahren haben könnte. „(B)y May 2009 Reid was concerned that the United States was asleep at the wheel, that the mixture of bureaucratic fear, careerism, and scientific conservatism at the Pentagon was handcuffing the ability of the United States to make progress in exploiting UAP-based technology“ (ebd., S. 90). Das motivierte ihn, den stellvertretenden Verteidigungsminister William Lynn direkt anzuschreiben und ihm das Erfordernis nahezulegen, für ausgewähltes Personal von AAWSAP höhere Sicherheitsfreigaben zu erwirken.¹¹ Solche Sicherheitsfreigaben hätten eine sinnvolle Fortsetzung der Arbeit des Projekts ermöglicht, insbesondere aufgrund eines dadurch legitimierten Zugriffs auf interne Daten wie etwa denen des Air Force Office of Special Investigations (AFOSI) – Recherchen, die AAWSAP in die Nähe von geheimen Informationen über fortgeschrittene *eigene* Technologien der USA geführt hätten (ebd., S. 94–98). In diesem Brief verwendete Reid als internen Decknamen für AAWSAP die Bezeichnung „Advanced Aerospace Threat and Identification Program“ (AATIP), unter der das Projekt später öffentlich wurde. Da Reids Brief zwar als vertraulich intendiert, aber nicht formell als geheim eingestuft war, musste auf das Projekt ebenfalls mit einer nicht geheimen Bezeichnung (einem „unclassified nickname“) Bezug genommen werden.

Reids vertraulicher Brief erreichte jedoch nicht nur seinen Adressaten, William Lynn, sondern wurde intern kopiert und war bald innerhalb der verteidigungs- und nachrichtendienstlichen Verwaltung im Umlauf. Dadurch wurde AAWSAP, dessen Existenz bislang nur wenigen unmittelbar daran beteiligten Angehörigen der dem Verteidigungsministerium zugeordneten Behörden bekannt war, verwaltungsintern öffentlich und rief alle diejenigen auf den Plan, die die inhaltliche Ausrichtung des Projekts als anstößig empfanden. Es kam zu einem Treffen hochrangigen Personals des *Department of Defense*, das William Lynn mit den Worten eröffnet haben soll: „Is this about those damned flying saucers?“ (ebd., S. 93) Das Thema der erweiterten Sicherheitsfreigaben wurde bei diesem Treffen auf unbestimmte Zeit verschoben. Harry Reid gelang es nach 2010 trotz bis 2016 fortgesetzter Bemühungen auch mit Unterstützung anderer Angehöriger des Kongresses (Joe Lieberman und Stey Hoyer) nicht, eine weitere Finanzierung des Projekts zu erwirken (ebd., S. 155).

Lacatski unternahm 2011 einen Versuch, das Projekt anstatt beim *Defense Warning Office* beim *Department of Homeland Security*, einem eigenständigen Ministerium, unterzubringen. Dazu informierte er im Februar 2011 zwei Mitarbeiter des DHS, Jim Bell und Sacha Mover, über das Projekt und ging, als er auf Interesse stieß, das Risiko ein, eine umfassende Darstellung der Tätigkeit von BAASS und AAWSAP inklusive der politischen Umstände des Zustandekommens des Projekts zu geben. Angeblich ließ er seine beiden Ansprechpartner zutiefst erschüttert („shell-shocked“) zurück: „Lacatski said the ‚data dump‘ he had given the two DHS specialists

11 Reid, H. (2009): Brief an William Lynn vom 24.07.2009 (<https://de.scribd.com/document/469280544/Reid-letter-2009-1532565293943-49621615-ver1-0>)

was probably the most intense, harrowing explication of paranormal weirdness ever encountered by that level of government official“ (ebd., S. 143). Es kam zu einem weiteren Treffen mit der Unterstaatssekretärin für Heimatschutz Tara O’Toole, die dem Projekt ebenfalls abgeschlossen gegenüberstand. Als jedoch Mover und Bell im Namen des DHS auf der Suche nach weiteren Informationsquellen bei anderen Behörden vorstellig wurden, stießen sie auf brüske Ablehnung. Dies mag damit zu tun gehabt haben, dass das DHS eine noch junge Behörde war, die erst im Nachgang zu 9/11 mit dem *Homeland Security Act* vom November 2002 gegründet worden war und darum in der internen Hackordnung der Ministerien am unteren Ende stand. Für Bell und Mover entstand jedoch der Eindruck, dass die angefragten Behörden tatsächlich etwas zu verbergen hatten, und sie gelangten zu der Überzeugung, „that advanced technology was sequestered under government supervision at aerospace contractors’ facilities“ (ebd., S. 152). Im Endeffekt scheuten die Verantwortlichen des DHS aber den Konflikt und zogen die Unterstützung für ein Projekt wie AAWSAP unter dem Schirm des Heimatschutzes zurück.

Das „Erbe“ von AAWSAP bestand zum einen in den Pilotensichtungen, die in einem informellen Projekt innerhalb des Verteidigungsministeriums weiterhin dokumentiert wurden, zum anderen in der Übernahme des „unclassified nickname“ AATIP für dieses informelle Projekt:

After AAWSAP had shut down, the AATIP designation was used to describe a completely separate, small initiative that was underway at the Pentagon to study UAPs encountered by military personnel. AATIP involved a small group of people working on the UAP problem, with direct knowledge of their superiors, when their day jobs allowed them to. (ebd., S. xxiv)

Nachdem amerikanische Marineflieger 2015 und 2016 weitere Begegnungen, diesmal mit UAPs von geringer Größe, hatten, entschloss sich einer dieser informellen Mitarbeiter von AATIP, Luis Elizondo, als Whistleblower den Kontakt zu den Medien zu suchen, eine Bemühung, die in den drei Reportagen vom 16. Dezember 2017 resultierte.

Wurde das „UFO-Tabu“ durchbrochen, oder war es nie da?

Wenn wir zur Kenntnis nehmen, dass eine Fortsetzung von AAWSAP nicht zuletzt am Bekanntwerden des Projekts innerhalb der Verteidigungsbürokratie scheiterte, dass dort bereits das Konzept eines solchen Projektes als anstößig galt, dass über das Ende von AAWSAP hinaus nur das harte Kerninteresse übrig blieb, die Erfahrungen der Elite der Landesverteidigung, der Marinepiloten, dem Stigma der Lächerlichkeit zu entreißen, dass es der besonderen Umstände einer nachweislich auf Initiative der Verteidigungsbürokratie durchgeführten UFO-Forschung und eines Fokus auf die Marinepiloten bedurfte, um die wichtigsten Medien der USA dazu zu bringen, das Thema ernst zu nehmen, dann haben wir weiterhin Indikatoren dafür vorliegen, dass

das, was Alexander Wendt und Raymond Duvall als das „UFO-Tabu“ bezeichnen, wenigstens bis 2017 noch existent und lebendig gewesen ist. Wir können der voranstehenden Darstellung aber auch Hinweise darauf entnehmen, in welcher Hinsicht dieses Tabu offenbar brüchig gewesen ist. Im Umfeld der von mir so genannten „Nevada-Connection“ finden wir eine Reihe von Personen, die – in den Kategorien von Pierre Bourdieu zu sprechen – auf der Grenze zwischen kultureller Orthodoxie und Heterodoxie stehen. Robert Bigelow verkörpert einerseits das (orthodoxe) amerikanische Ideal des „Selfmade Man“ und erfinderischen Innovators, hat aber andererseits ein (heterodoxes) Interesse am Paranormalen, das er auch kompromisslos öffentlich vertritt, so in einem Interview mit Lara Logan im Mai 2017: „Is it risky for you to say in public that you believe in UFOs and aliens?“ „I don't give a damn. I don't care.“ Ähnliches gilt für George Knapp, der als Reporter mit Schwerpunkt in Las Vegas Ansehen genießt, aber seit Jahrzehnten zugleich für seine grenzwissenschaftlichen Interessen bekannt ist. Douglas Kurth ist Offizier der Marine und Luis Elizondo war ein „Special Agent“ der Spionageabwehr; sie hatten also beide angesehene Positionen im Militär inne, sind aber beide in ihrem Umgang mit den Pilotensichtungen offen für potenziell anomale Phänomene. Ted Stevens war ein Veteran des Kongresses und gemeinsam mit Daniel Inouye Vorsitzender eines mächtigen Haushaltsausschusses, der zugleich von einer eigenen UFO-Sichtung beeindruckt gewesen ist. James T. Lacatski als Angehöriger der umfangreichen Verwaltung des Verteidigungsministeriums hat an entscheidender Stelle auf Berichte von hoher Strangeness hin die Initiative ergriffen, Phänomene dieser Art untersuchen zu lassen. Wie Harry Reid in einem Interview von 2018 andeutet, war Lacatski auch federführend bei der Wortwahl der Projektbeschreibung, die tatsächlich verhüllte, dass allen Beteiligten die Erstreckung des Projekts auch auf paranormale Themen von vornherein klar war: „I [Reid – I. J.] said, ‘Well, if you were me, what would you say to people in power in the United States Senate who have huge control over the spending of defense money?’ And here's what he [Lacatski – I. J.] said: ‘What I will do is prepare something for you that anyone can look at it that wants to, it's strictly science.’ He put it in scientific language – what the study should consist of“ (Benson, 2018). Und schließlich war Harry Reid, die Schlüsselperson beim Zustandekommen von AAWSAP, immer schon ein religiöser Mensch gewesen, der jener modernen Konfiguration gefolgt ist, derzufolge Religion als Privatangelegenheit unter dem Schutz der Verfassung steht, sofern sie ihrerseits die Geltung einer solchen im Grundsatz säkularen Verfassung nicht infrage stellt.

Es spricht also auf der einen Seite einiges dafür, dass wir ein „UFO-Tabu“ als koextensiv mit modernen kulturellen und politischen Institutionen betrachten können, die ein Interesse an den Weltanschauungen des modernen Subjekts nehmen, das sie vor einem Abgleiten in einen wie auch immer näher spezifizierten „Irrationalismus“ bewahren wollen. Auf der anderen Seite wird dieses Tabu nicht mit den harten Mitteln einer offenen ideologischen Zensur, sondern mit den „weichen“ Mitteln einer Stigmatisierung implementiert. Damit dringt es in persönli-

che Gewissensvorbehalte und weltanschauliche Freiheitsansprüche nur so weit ein, wie dies den Individuen persönlich hinnehmbar erscheint. Das postulierte „Transzendenzverbot“ sucht öffentliche Bekenntnisse subjektiven Transzendenzglaubens zu moderieren wie ein Graphitblock die Neutronenstrahlung, kann dies aber nur so weit, wie diese vordiskursiv bleiben, das heißt: nicht ihrerseits in die argumentative Offensive gehen. Wie man beispielsweise an den antireligiösen Polemiken eines Richard Dawkins (2008) ablesen kann, können sich diskursiv explizit gemachte Glaubenssysteme wie zum Beispiel die Theorien des „Intelligent Design“ gegen ihre öffentlichen Antagonisten so hartnäckig zur Wehr setzen, dass sie dadurch einen Kampf mit harten rhetorischen Bandagen provozieren.

Nicht nur der philosophische und wissenschaftliche Rationalismus, auch die Freiheit des persönlichen Gewissensvorbehalts und seiner Artikulation ist eine genuin moderne Institution. In diesem Sinne kann man die „grenzüberschreitende“ Einvernehmlichkeit und Zusammenarbeit von Jim Lacatski mit den „Werwolfforschern von der Skinwalker-Ranch“ (so die Apostrophierung in der späteren Kritik – siehe Baniyas, 2021, Greenstreet, 2022, und Tritten, 2022) und die ihr zugrundeliegende, so eigenmächtige wie tabubrechende Urteilsbildung als eine Inanspruchnahme einer am Beginn der Aufklärung stehenden Maxime Spinozas verstehen – der *libertas philosophandi*: „daß die Freiheit zu philosophieren nicht nur unbeschadet der Frömmigkeit und des Friedens im Staat zugestanden werden kann, sondern daß sie nur zugleich mit dem Frieden im Staat und mit der Frömmigkeit selbst aufgehoben werden kann“ (so der Untertitel des *Theologisch-politischen Traktats* – siehe Spinoza, 1994). Spinozas „Freiheit, zu philosophieren“ war darin radikal und *tabubrechend*, dass sie sich nicht mehr nur auf eine Toleranz unterschiedlicher Doktrinen und Liturgien im generellen Rahmen kirchlich verfasster Offenbarungsreligion beschränkte, wie sie etwa von John Locke vertreten wurde, sondern sich auch auf die *indifferenti*, die Agnostiker und Deisten, sowie auf die Atheisten erstreckte (Israel, 2002, S. 265–270) und dass sie die Freiheit zur Publizität dieser Ansichten einschloss, denn „das sind die wahren Friedensstörer, die in einem freien Staat die Freiheit des Urteils, die nicht unterdrückt werden kann, aufheben wollen“ (Spinoza, 1994, S. 308). Diese Freiheit des Urteils beruht auf dem autonomen Selbstvertrauen in die Realität hartnäckiger und widerständiger Erfahrungen, von denen die Sicherheit eines bisherigen konventionellen Urteils erschüttert wird.

Das „Containment“ gegen die Strahlung eines (angeblich oder tatsächlich) irrationalen UFO-Glaubens wird dysfunktional, wenn dadurch hartnäckige und widerständige Erfahrungen dem wissenschaftlichen Erkenntnisprozess und potenziell produktiven Schlussfolgerungen entzogen werden. Wie die Ereignisse auf dem parlamentarischen Parkett der USA nach 2017 nahelegen, hat sich in der Legislative der Vereinigten Staaten offenbar die Überzeugung verfestigt, dass eine (angebliche oder tatsächliche) Geheimhaltungspolitik der amerikanischen Exekutive in Bezug auf UAPs, und damit ein institutionell aufrechterhaltenes und medial

flankiertes UFO-Tabu, den Interessen des Landes mehr schadet als nützt. In diese Richtung geht auch George Knapps Einschätzung der Auswirkungen, die die *Disclosure* von 2017 bei der gesetzgebenden Instanz der USA nach sich zog:

The information provided to lawmakers painted a grim picture of excessive secrecy and an ongoing disinformation effort emanating from the Department of Defense, along with the possible unauthorized diversion of untold millions of taxpayer dollars, which might be the central reason why Congress became so interested in the UFO/UAP mystery. (Lacatski, Kelleher & Knapp, 2023, S. xvii)

Damit können wir für weitere Untersuchungen die Anschlusshypothese formulieren, dass es sich bei den aktuellen Auseinandersetzungen um eine „UFO-Disclosure“ um einen institutionellen Konflikt im politischen System der Vereinigten Staaten handelt, in dem Vertreter der Legislative ein grundsätzliches Unbehagen an jahrzehntealten Eigenmächtigkeiten und Übergriffen der Exekutive zu artikulieren beginnen.

Bedeutet das schließlich, dass das UFO-Tabu entgegen meiner Kritik an Wendt und Duvall doch nicht „öffentlich“ ist? Es als „öffentlich, nicht politisch“ einzuschätzen bedeutet, das Mediensystem gegenüber dem politischen System als prinzipiell unabhängig zu betrachten, anstatt darin ein nur ausführendes Organ, einen „Transmissionsriemen“ der Politik zu sehen. Medienopportunismus gegenüber der Machtvertikale kann eine Reihe von soziologisch nachvollziehbaren Gründen haben, ist aber den verfassungsmäßigen Grundsätzen eines liberalen Rechtsstaats entsprechend formell freiwillig. Insofern ist die mediale Macht, ein Tabu aufrechtzuerhalten, autochthon. Tatsächlich weisen die Autoren von *Skinwalkers at the Pentagon* ausdrücklich darauf hin, dass die Aufmerksamkeit des Kongresses für das UFO-Thema erst von der offenen und von Herablassung freien Berichterstattung von *Washington Post*, *New York Times* und *Politico* geweckt worden ist (Lacatski, Kelleher & Knapp, 2021, S. 157). Dass drei renommierte Zeitungen der USA ihre Reportagen in einer koordinierten Aktion an demselben Tag, dem 16. Dezember 2017, veröffentlicht haben, dürfte zum spektakulären Effekt wesentlich beigetragen haben.

Im Falle der amerikanischen „Disclosure“ scheint mir entscheidend zu sein, dass ein wesentlicher Teil der hartnäckigen und widerständigen Erfahrungen mit UAPs nicht am heterodoxen „fringe“ der Gesellschaft, sondern gleichsam im Zentrum der Orthodoxie, nämlich von einer Elite der amerikanischen Streitkräfte gemacht wurde. Einer dringlichen Interessenartikulation aus dieser Gruppe heraus, wie sie von Luis Elizondo in renommierte Redaktionen kanalisiert worden ist, kann sich das Mediensystem einer Nation, die auf die weltweite Präsenz ihres Militärs überwiegend stolz ist, nur schwer entziehen, und es stehen Prämien öffentlicher Anerkennung darauf, sich eines Anliegens von Angehörigen der Streitkräfte anzunehmen. Sowohl institutionell als auch inhaltlich hat sich der Fokus der Aufmerksamkeit entscheidend

verschoben: Nicht mehr eine Truppe von „Gespensterforschern“ ist der maßgebliche Akteur, sondern die militärische Elite des Landes. Nicht mehr Begegnungen auf einer „Geisterranch“ stehen im Brennpunkt des Geschehens, sondern weder kontrollierte noch verstandene Luftraumaktivitäten im Kernbereich militärischer Zuständigkeit. Ohne den unvorhergesehenen und für die Beteiligten überraschenden Wechsel der Aufmerksamkeit von einer obskuren „Skinwalker Ranch“ zur ruhmreichen „Nimitz Carrier Strike Group“ wäre es, so möchte ich vermuten, nicht zu einer „Disclosure“ gekommen.

Online-Quellen

- Anton, A. (2023, 10. August). Whistleblower David Grusch und die Ufo-Debatte: Die Behauptungen des Ufo-Whistleblowers David Grusch vor dem US-Kongress sorgen weltweit für Schlagzeilen. Sind die USA tatsächlich im Besitz nichtmenschlicher Technologie? Versuch einer kritischen Einordnung. *Cicero*. <https://www.cicero.de/aussenpolitik/usa-whistleblower-kongress>
- Bender, B. (2017, 16. Dezember). The Pentagon's secret search for UFOs. *Politico*. <https://www.politico.com/magazine/story/2017/12/16/pentagon-ufo-search-harry-reid-216111/>
- Benson, E. (2018, 21. März). Harry Reid on What the government knows about UFOs. *New York Magazine – Intelligencer*. <https://nymag.com/intelligencer/2018/03/harry-reid-on-what-the-government-knows-about-ufos.html>
- Blanton, T. (Hrsg.) (2007). The CIA's family jewels: Agency violated charter for 25 years, wiretapped journalists and dissidents. *National Security Archive Electronic Briefing Book No. 222*. <https://nsarchive2.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB222/index.htm>
- Cooper, H., Blumenthal, R., & Kean, L. (2017, 16. Dezember). Glowing auras and 'black money': The Pentagon's mysterious U.F.O. program. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2017/12/16/us/politics/pentagon-program-ufo-harry-reid.html>
- Erwin, M. C., & Belasco, A. (2013). *Intelligence spending and appropriations: Issues for congress*. Congressional Research Service 7-5700 (<https://sgp.fas.org/crs/intel/R42061.pdf>)
- Gravina Island Bridge*. Artikel der englischen Wikipedia https://en.wikipedia.org/wiki/Gravina_Island_Bridge
- Greenstreet, S. (2022, 12. Mai). Die UFO-Lüge: Schockierende Wahrheit des AAWSAP-Programms des Pentagon. *New York Post*. https://www.youtube.com/watch?v=6XD4gQS_-qY
- Hersh, S. (1974, 22. Dezember). Huge C.I.A. operation reported in U.S. against antiwar forces, other dissidents in Nixon years. *New York Times*. <https://www.nytimes.com/1974/12/22/archives/huge-cia-operation-reported-in-u-s-against-antiwar-forces-other.html> und <https://archive.ph/UfyPW>
- Swab, A. J. (2019). *Black budgets: The U.S. Government's secret military and intelligence expenditures*. Harvard Law School briefing papers on federal budget policy https://scholar.harvard.edu/files/briefingpapers/files/72_-_swab_-_black_budgets.pdf

- Tritten, T. (2022, 7. März). How believers in the paranormal birthed the Pentagon's new hunt for UFOs. *Military.com*. <https://www.military.com/daily-news/2022/03/07/how-believers-paranormal-birthed-pentagons-new-hunt-ufos.html>
- United States v. Richardson, 418 U.S. 166 (1974) (<https://supreme.justia.com/cases/federal/us/418/166/>)
- Warrick, J. (2017, 16. Dezember). Head of Pentagon's secret "UFO" office sought to make evidence public. *Washington Post*. https://www.washingtonpost.com/world/national-security/head-of-pentagons-secret-ufo-office-sought-to-make-evidence-public/2017/12/16/90bc7cc-e2b2-11e7-8679-a9728984779c_story.html

Literatur

- Anton, A., & Schink, A. (2021). *Der Kampf um die Wahrheit: Verschwörungstheorien zwischen Fake, Fiktion und Fakten*. Komplett-Media.
- Crile, G. (2015). *Charlie Wilson's war: The story of the largest covert operation in history: The arming of the Mujahideen by the CIA*. Atlantic Books.
- Dawkins, R. (2008). *Der Gotteswahn*. Ullstein.
- Ehrenberg, A. (2019). *Die Mechanik der Leidenschaften: Gehirn, Verhalten, Gesellschaft*. Suhrkamp.
- Floridi, L. (2015). *Die 4. Revolution: Wie die Infosphäre unser Leben verändert*. Suhrkamp.
- Habermas, J. (1998). *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Suhrkamp.
- Illouz, E. (2007). *Gefühle in Zeiten des Kapitalismus*. Suhrkamp.
- Israel, J.I. (2002). *Radical enlightenment: Philosophy and the making of modernity 1650–1750*. Oxford University Press.
- Jüdt, I. (2013). Das UFO-Tabu ist öffentlich, nicht politisch: Eine Gegenthese zu Wendt und Duvall. In M. Schetsche & A. Anton (Hrsg.), *Diesseits der Denkverbote: Bausteine für eine reflexive UFO-Forschung* (S. 113–131). Lit.
- Kammler, C., Parr, R., Schneider, U.J., & Reinhardt-Becker, E. (Hrsg.)(2014). *Foucault-Handbuch: Leben – Werk – Wirkung*. J.B. Metzler.
- Kelleher, C. A., & Knapp, G. (2005). *Hunt for the Skinwalker: Science confronts the unexplained at a remote ranch in Utah*. Paraview.
- Kelleher, C. A., & Knapp, G. (2019). *Jagd auf den Skinwalker: Auf einer abgelegenen Ranch in Utah stellen sich Forscher dem Unerklärlichen*. Kopp.
- Lacatski, J. T., Kelleher, C. A., & Knapp, G. (2021). *Skinwalkers at the Pentagon: An insider's account of the secret government UFO program*. RTMA.
- Lacatski, J. T., Kelleher, C. A., & Knapp, G. (2023). *Inside the U.S. government covert UFO program: Initial revelations*. RTMA.

- Lofgren, M. (2016). *The deep state: The fall of the constitution and the rise of a shadow government*. Penguin.
- Luhmann, N. (1969). *Legitimation durch Verfahren*. Suhrkamp.
- Oswald, M. (2021). *Das Regierungssystem der USA*. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Nomos.
- Reckwitz, A. (2020). *Das hybride Subjekt: Eine Theorie der Subjektkulturen von der bürgerlichen Moderne zur Postmoderne*. Überarbeitete Neuauflage. Suhrkamp.
- Salisbury, F. B. (1974, 2010). *The Utah UFO display: A scientist brings reason and logic to over 400 UFO sightings in Utah's Uintah Basin. In collaboration with and based upon the files of Joseph Junior Hicks*. Bonneville
- Schwab, K. (2016). *Die Vierte Industrielle Revolution*. Pantheon.
- Sidman, A. H. (2019). *Pork barrel politics: How government spending determines elections in a polarized era*. Columbia University Press.
- Spinoza, B. de (1994). *Theologisch-politischer Traktat*. Felix Meiner.
- Taylor, C. (2009). *Ein säkulares Zeitalter*. Suhrkamp.
- Vallée, J. (1975, 2014). *The invisible college: What a group of scientists has discovered about UFO influence on the human race*. San Antonio – Anomalist Books.
- Weber, M. (2014). *Wirtschaft und Gesellschaft: Soziologie*. Unvollendet 1919–1920. Hg. v. Knut Borchardt, Edith Hanke und Wolfgang Schluchter. Mohr Siebeck.
- Weintraub, D. A. (2014). *Religions and extraterrestrial life: How will we deal with it?* Springer.
- Wendt, A., & Duvall, R. (2013). Souveränität und das UFO. In M. Schetsche & A. Anton (Hrsg.), *Diesseits der Denkverbote: Bausteine für eine reflexive UFO-Forschung* (S. 79–112). Lit.

The “UFO taboo” re-examined
On the emergence of AAWSAP in the parliamentary process in the USA

Extended Abstract

The thesis formulated by Alexander Wendt and Raymond Duvall in 2008 regarding the existence of a “UFO taboo” must be re-evaluated in light of the media and political attention that the UFO topic has received since the end of 2017. This thesis stated that the UFO phenomenon is subject to a ban on contact and thematization – a taboo that is rooted in the “anthropocentric sovereignty” of modern culture. This is a twofold sovereignty: the sovereignty of both the modern state and the modern subject. The modern state is sovereign in that it excludes any divine right from reasoning for its legitimacy, and the modern individual is sovereign in that it bases its “self-government” primarily on rational maximization of utility in the sense of *homo oeconomicus*, while the “good life” takes place in the private niches created by this utility. The resulting dual sovereignty of the state and the subjects is “anthropocentric,” i. e. it relies exclusively on those means of power and instruments of security that are available to the state, society and the individual from their own human potential. However, this also includes a logic of suspicion against any form of transcendence, on the basis of which religious attitudes are only tolerated as part of the respective private, inner definitions of the good life. Modern culture not only places ideas of religious transcendence under suspicion of irrationality, but also demands a “civilized,” rational discipline of self-control from its members in order to keep the demons of “irrationalism” at bay. UFO research came into conflict with this cultural pattern very early on, because the UFO phenomenon calls anthropocentric sovereignty into question by implying a metaphysical threat. This consists of the imposition of having to admit that there may be a power lurking “out there,” possibly of overwhelming power and with a threat potential that implies futility and hopelessness for humanity. Consequently, the UFO phenomenon can only be ignored and subjected to a taboo: a ban on naming and contact.

Since the media disclosure of December 16th, 2017, the situation has changed fundamentally, and the question arises as to whether the thesis of the UFO taboo is still tenable. As a contribution to answering this question, this article asks how the current, astonishing situation of an open political approach to the UFO phenomenon came about and looks at how the official UFO research project that went under the acronyms of AATIP and AAWSAP was approved. The key to understanding this process is that, in addition to features of the American budget approval process that make it easier to include individual items with a specialized purpose in the overall budget without much sensation, two factors were decisive: Firstly, the existence of a network of influence straddling the boundary between “fringe” and “mainstream,” which linked parliamentary experienced actors in central positions in the budget approval process of the US

Congress like Harry Reid and Defense Bureaucracy officials like James Lacatski on one side to “people of the fringe” like Robert Bigelow and George Knapp on the other side, and secondly, a thematic shift in focus from weird paranormal research subjects to articulating a psychological stress weighing on American naval pilots, whose encounters with anomalous atmospheric phenomena did not receive adequate attention within the armed forces. In this way, the boundary between illegitimate and legitimate stakeholders was crossed, both institutionally and in terms of content, thus breaking through the hitherto intact “containment” of the UFO taboo.

In relation to the UFO taboo, two aspects of modern culture were in tension here: on the one hand, the concept of anthropocentric sovereignty embedded in this culture, and on the other, the equally modern concept of individual reservations of conscience and of judgements formed in individual autonomy, for which the basic values of free thought and free speech are claimed. By combining this impulse with an urgent problem of legitimate stakeholders, respected mainstream media outlets were motivated to articulate the UFO phenomenon, lifting the public quarantine that had been imposed on it for decades and finally persuading representatives of the American legislature to engage with the phenomenon institutionally.